

Neue Regierung in Belgien im Zeichen der Krise

KABINETT DI RUPO AM 6. DEZEMBER VEREIDIGT

541 Tage nach den Parlamentswahlen vom 13. Juni 2010 wurde am 6. Dezember 2011 die neue belgische Regierung unter Führung des neuen Ministerpräsidenten Elio di Rupo vereidigt. Erstmals seit 1974 hat ein wallonischer Sozialist dieses Amt inne. Damit findet die belgische Staatskrise ein vorläufiges Ende. Die Sechsparteien-Regierung umfasst die drei großen politischen Familien beider Sprachgruppen: Den Wahlsieger in der Wallonie, die wallonischen Sozialisten der PS, die flämischen Christdemokraten (CD&V), die wallonischen Liberalen (MR), die flämischen Sozialdemokraten (sp.a), die flämischen Liberalen (Open Vld) sowie die wallonischen Zentristen (CDH). Insgesamt verfügt die neue Regierung über 93 der 150 Sitze in der Abgeordnetenkammer. Der eigentliche Wahlsieger Flanderns, die regionalistische N-VA von Bart de Wever, bleibt außen vor. Entscheidend für den Durchbruch nach dramatischen Verhandlungsrunden waren die Einigung auf die Teilung des Wahlkreises Brüssel-Halle-Vilvoorde (BHV) als Teil einer umfassenden Staatsreform am 15. September und der Kompromiss zum Haushalt 2012 am 26. November. Die Prioritäten des neuen Kabinetts sind nun die Umsetzung der beschlossenen Staatsreform und des überfälligen Reform- und Sparprogramms.

1. Einigung auf die 6. Staatsreform in der Geschichte Belgiens

Voraussetzung für den Beginn von Regierungsverhandlungen war eine Einigung über eine grundlegende Staatsreform: Diese sollte neben der Teilung des als verfassungswidrig erklärten Wahlkreises Brüssel-Halle-Vilvoorde auch den Transfer zahlreicher Kompetenzen von der föderalen Ebene auf

die Gebietskörperschaften (Regionen und Sprachgemeinschaften) umfassen. Für die Reform bedurfte es allerdings eines besonderen Quorums: Einer Zweidrittelmehrheit in der Abgeordnetenkammer sowie einer Mehrheit in jeder der beiden Sprachgruppen in der Kammer. Nach mehrfach unterbrochenen, äußerst mühevollen Sondierungsgesprächen hatten sich acht Parteien Ende Juli 2011 auf den Beginn von Verhandlungen zur Staatsreform geeinigt und damit für einen ersten Lichtblick in der belgischen Staatskrise gesorgt. Schlüssel zum Erfolg war letztlich der Ausschluss des flämischen Wahlsiegers, der regionalistischen N-VA von Bart de Wever aus den Verhandlungen. Zuvor war deutlich geworden, dass mit der N-VA kein tragfähiger Kompromiss zu erzielen wäre. Mithin saßen die Sozialisten (PS, sp.a), die Christdemokraten (CD&V, CDH), die Liberalen (MR, OpenVld) und die Grünen (Groen!, Ecolo) beider Sprachgruppen am Verhandlungstisch. Die Verhandlungen erwiesen sich erwartungsgemäß als außerordentlich schwierig und standen Mitte September kurz vor dem Scheitern. Entscheidend war letztlich der Durchbruch bei der Einigung zur Teilung des Wahlkreises Brüssel-Halle-Vilvoorde (BHV) am 15. September 2011. Dabei hatte es noch zwei Tage zuvor nach einer Blockade ausgesehen: Zu unvereinbar schienen die Standpunkte von CD&V und dem rechtsliberalen wallonischen Bündnis MR. Eine der Gliedparteien des MR, die Front Démocratique des Francophones (FDF) verlangte für die flämischen Parteien inakzeptable Gegenleistungen für die Teilung des Wahlkreises. Nicht zuletzt dank der politischen Courage König Alberts II., der ein Rücktrittsgesuch des Verhandlungsführers di Rupo ablehnte, wurden die Gespräche fortgeführt. In einer dramatischen Sitzung konnten sich die Parteien zu einem

6. Dezember 2011

www.kas.de

www.eukas.eu

Kompromiss durchringen. Der MR unter seinem jungen Parteiführer Charles Michel allerdings bezahlte sein Einlenken mit einer Abspaltung der FDF.

Damit war der gordische Knoten „BHV“, der jahrelang das politische Klima im Land vergiftet hatte, durchschlagen worden. Der Weg für eine Einigung zur Neuverteilung der Kompetenzen zwischen föderaler Ebene und den regionalen Gebietskörperschaften (Regionen & Gemeinschaften) war somit ebenfalls frei.

Insgesamt kommt die Staatsreform den Vorstellungen der flämischen Christdemokraten recht nahe. Mit der Teilung des Wahlkreises BHV konnte die CD&V einen wichtigen symbolischen Sieg einfahren. Die Zugeständnisse für die wallonische Seite sind aus flämischer Perspektive verkraftbar. Ein Erfolg für die französischsprachigen Parteien ist die umfangreiche Finanzspritze für Brüssel, die bis 2014 schrittweise auf 461 Millionen Euro jährlich aufgestockt wird. Zudem werden zahlreiche Kompetenzen in einer Höhe von umgerechnet knapp 17 Milliarden Euro vom Föderalstaat auf Regionen und Gemeinschaften übertragen. Die Regionen erhalten umfassende Kompetenzen im Bereich der Arbeitsmarktpolitik, der Wirtschaftsförderung, der Industriepolitik, der Energiepolitik, der Landwirtschafts- und Raumpolitik. Den Gemeinschaften fallen wichtige Zuständigkeiten im Bereich der Gesundheitspolitik, der Familienpolitik und des Jugendstrafrechts zu. Die steuerliche Autonomie der Regionen wird um 10,7 Milliarden erhöht, die Anreize für den steuerlichen und wirtschaftlichen Wettbewerb zwischen den Regionen verstärkt. Insgesamt hat die Staatsreform durchaus das Potential, eine effizientere Entwicklung der Landesteile zu gewährleisten.

2. Einigung auf ein Sparprogramm

Erst nach dem Kompromiss zur Staatsreform und rund 15 Monate nach den Wahlen im Juni 2010 konnten die eigentlichen Regierungsverhandlungen beginnen. Schwerpunkt war die Einigung auf ein umfassendes Reform- und Sparprogramm für die kommenden Jahre. Nun war nur noch eine ein-

fache Mehrheit notwendig und mithin nicht mehr die Beteiligung von acht Parteien. Auf Druck der Liberalen mussten die beiden grünen Parteien den Verhandlungstisch verlassen. Obgleich „nur“ noch 6 Parteien beteiligt waren (Liberalen, Sozialisten, flämische Christdemokraten, wallonische Zentristen), wurden die Verhandlungen nicht einfacher. Schließlich mussten sich die Parteien auf Einsparungen in Höhe von rund 11 Milliarden Euro für den Haushalt 2012 einigen. Zudem sollte das Regierungsprogramm die Weichen für einen ausgeglichenen Haushalt im Jahr 2015 stellen. Die Liberalen und die flämischen Christdemokraten lehnten eine weitere Erhöhung der ohnehin erdrückenden Steuerlast ab. Nachdem die Liberalen bei Fragen der Staatsreform schmerzhaft Kompromisse hatten eingehen müssen, wollten sie nun zumindest ihre wirtschaftspolitischen Vorstellungen weitreichend umsetzen. Dagegen beharrten die Sozialisten zunächst auf der Bewahrung überkommener sozialer Besitzstände und Privilegien wie etwa der generösen Vorruhestandsregelung und der großzügigen Arbeitslosenhilfe. Die Gewerkschaften kündigten in Vorahnung des Sparprogramms für den 2. Dezember einen Generalstreik an. Zusätzlichen Druck erhielten die Verhandlungspartner von europäischer Ebene: Bereits im Juni hatte die Kommission umfassende Sparmaßnahmen und Reformen angemahnt. Mitte November erhöhte der EU-Kommissar für Wirtschaft und Währung, Olli Rehn, den Druck und forderte bis Mitte Dezember die Vorlage eines Haushalts unter Einhaltung des 3%- Defizitziels. Andernfalls hätte Belgien eine Strafe in Höhe von etwa 700 Millionen Euro gedroht. Zudem empfahl die Europäische Kommission die Senkung des Arbeitslosengeldes, die Anpassung der großzügigen Frühverrentungsregelungen, die Reform des Finanzsektors und eine Reform der Indexierung der Löhne und Gehälter.

Letztlich verliefen auch die Haushaltsverhandlungen dramatisch: Am 21. November scheiterte ein Vermittlungsvorschlag di Rupos, der beiden liberalen Parteien nicht weit genug ging. Di Rupo bot daraufhin König Albert II. erneut seinen Rücktritt an, den dieser abermals nicht annahm. Nicht auszuschließen ist, dass es sich dieses Mal um ein

6. Dezember 2011

www.kas.de

www.eukas.eu

Manöver di Rupo handelte, um den Gewerkschaften und seiner eigenen Partei die Alternativlosigkeit einschneidender Sparmaßnahmen vor Augen zu führen. Angesichts der drohenden Handlungsunfähigkeit des Landes schossen die Zinsen für belgische Staatsanleihen innerhalb kurzer Zeit nach oben (von 4,7% auf 5,7%). Am 25. November wurde schließlich die Kreditwürdigkeit Belgiens von „Standard & Poor's“ von AA+ auf AA herabgesetzt. Dies war zum einen eine Folge der Rettung des belgischen Ablegers des belgisch-französischen Bankkonzerns Dexia durch den belgischen Staat, zum anderen aber eine Konsequenz des politischen Stillstands – nicht zuletzt angesichts der mit 97% des BIP überdurchschnittlichen hohen Gesamtverschuldung Belgiens. Nach mehreren bilateralen Gesprächen konnte am 26. November letztlich eine Einigung erzielt werden. Beschlossen wurden nicht nur der Haushalt 2012 sondern auch künftige Reformen. 2012 sollen 11,3 Milliarden Euro eingespart werden. Damit würde das Haushaltsdefizit des Landes 2,8% betragen und das Defizitziel eingehalten werden. Insgesamt konnten die Liberalen und die christdemokratischen Parteien durchsetzen, dass die Sparanstrengungen stärker durch Ausgabenkürzungen (2012: 42% der Einsparungen, 2013: 48%, 2014: 54%) als durch Einnahmeerhöhungen abgedeckt werden (2012: 34%, 2013: 31%, 2014: 28%). 2015 soll dann ein ausgeglichener Haushalt vorliegen. Die Einsparungen werden vor allem den Gesundheitssektor, die Verteidigung, Arbeitslosenhilfe und die öffentliche Verwaltung betreffen. Einnahmen sollen unter anderem durch eine verstärkte Bekämpfung von Steuerbetrug, aber auch durch erhöhte Besteuerung von Börsengeschäften und Dienstwagen erfolgen. Mittelfristig sollen auch die Reform der großzügigen Frühverrentungsregelung und die Reduzierung der Langzeitarbeitslosenhilfe und eine aktivierende Arbeitsmarktpolitik zu Einsparungen führen. Gleichwohl wurden einige fragwürdige Besitzstände nicht angefasst: Das gesetzliche Renteneintrittsalter bleibt bei 65 Jahren und auch an der Indexierung der Löhne und Gehälter wird nicht gerüttelt.

3. EVP-Parteien mit drei Ministern und drei Staatssekretären

Nach der Einigung über die Verteilung der Ministerposten am 5. Dezember, wurde die Regierung di Rupo am 6. Dezember offiziell vom König vereidigt. Die Regierung umfasst – Premierminister Elio di Rupo eingeschlossen – 13 Minister sowie sechs Staatssekretäre. Insgesamt fallen 6 der 19 Posten den beiden EVP-Parteien zu. Die CD&V erhält als größte flämische Regierungspartei zwei Ministerämter und zwei Staatssekretäre: Der bisherige Vize-Premier und Außenminister Steven Vanackere wird das wichtige Finanzministerium übernehmen. Pieter de Crem bleibt Verteidigungsminister. Der bisherige Fraktionsvorsitzende in der Abgeordnetenversammlung Servais Verherstraeten wird Staatssekretär für die Umsetzung der institutionellen Reformen und für das Bauwesen. Der Abgeordnete Hendrik Bogaert wird Staatssekretär für den öffentlichen Dienst. Zudem bleibt Sabine de Bethune Präsidentin des Senats. Die CDH bekommt einen Minister- und einen Staatssekretärsposten. Die vormalige Parteivorsitzende Joelle Milquet wird das Portfolio „Inneres“ erhalten. Melchior Wathelet wird Staatssekretär für Umwelt und Energie und wird auf wallonischer Seite für die Umsetzung der institutionellen Reformen verantwortlich sein.

4. Situation der Christdemokraten – starke N-VA in Lauerstellung

Trotz ihrer schwachen Wahlergebnisse 2010 werden beide EVP-Parteien somit eine wichtige Rolle in der kommenden Regierung spielen.

Nachdem die Verweigerungshaltung des CDH unter Joelle Milquet von 2007 bis 2010 eine der Ursachen für den politischen Stillstand und das Auseinanderbrechen der Regierung war, zeigten sich die wallonischen Zentristen in diesen Verhandlungen sehr konstruktiv. Mit ihrem neuen Vorsitzenden Benoît Lutgen könnte die unter seiner Vorgängerin Joelle Milquet eingeleitete Öffnung der Partei gegenüber neuen Wählerschichten mit einer Rückkehr zum zentristischen Kurs verbunden werden. Insgesamt ist zudem auf eine Verbesserung der in den ver-

6. Dezember 2011

www.kas.de

www.eukas.eu

gangenen Jahren getrübt Beziehungen zwischen CDH und CD&V zu hoffen. Bei den Kommunalwahlen 2012 werden beide Parteien wohl in einigen Brüsseler Kommunen gemeinsame Listen aufstellen. Eine gute Zusammenarbeit wird auch für die Umsetzung der institutionellen Reformen wichtig sein.

Die flämischen Christdemokraten wurden für ihren politischen Mut, ohne die regionalistische N-VA in Verhandlungen zu treten, letztlich mit der Staatsreform belohnt. Der junge Parteiführer Wouter Beke hat sich zudem in den Verhandlungen als zäher Verhandlungspartner erwiesen, der für die flämischen Christdemokraten einen guten Deal erzielen konnte. Nun steht die CD&V als größte flämische Partei im Kabinett di Rupo vor der Aufgabe, auch unter einem wallonischen Premier zu beweisen, dass sie zu Recht den Ruf einer verantwortungsvollen Regierungspartei genießt. Die Einigung auf eine Staatsreform und die erfolgreiche Regierungsbildung sind für die Partei auch vor dem Hintergrund der im Oktober 2012 anstehenden Kommunalwahlen von enormer Bedeutung. Nun strebt der CD&V eine zügige Umsetzung der Mammutreform noch vor 2014, dem Datum für Europa-, Föderal- und Regionalwahlen an. Denn nur dann kann die Partei den flämischen Wählern einen handfesten Erfolg präsentieren und die Wahlniederlage von 2010 wettmachen. Noch ist die Stimmung in Flandern eher verhalten. Die Umfragewerte für die flämischen Christdemokraten sind sehr volatil (zwischen 13 und 20 %) und haben demzufolge nur wenig Aussagekraft. Nach anderthalb Jahren politischen Stillstands sind die flämischen Wähler noch misstrauisch. Überzeugen wird sie wohl erst eine effizient geführte Regierung, die das Land durch die Krise leiten und die beschlossenen Reformen auch umsetzen kann.

Der regionalistischen N-VA bleibt nun die zunächst bequem scheinende Oppositionsbank, um sowohl die Staatsreform als auch das Spar- und Reformprogramm schlecht zu reden. Noch trifft sie mit ihrem Diskurs im nördlichen Landesteil offenbar den Nerv der Bevölkerung. Die Umfragewerte der Partei de Wevers schwanken zwischen 30-40%.

Besonderen Beifall in Flandern fand auch ihre – berechtigte – scharfe Kritik am Generalstreik am 2. Dezember. Die N-VA wird weiter ihre Doppelstrategie fahren und zum einen mit separatistischen Andeutungen Wähler des rechtsextremen Vlaams Belang abwerben. Zum anderen wird sie weiter versuchen, sich als liberalkonservative Alternative zu CD&V und Open VLD zu positionieren. Unabhängig davon, ob die N-VA ihre aktuellen Popularitätswerte halten wird können, scheint ein Erfolg der Partei bei den Kommunalwahlen im Oktober 2012 als sicher. Da die Partei allerdings lokal – etwa im völligen Gegensatz zu den flämischen Christdemokraten – kaum verwurzelt ist, könnte dieser geringer ausfallen, als die Umfragen es derzeit glauben lassen. Einige Experten schätzen, dass dies somit die falschen Wahlen zum richtigen Zeitpunkt sein könnten. Entscheidend für die weitere Entwicklung der Partei könnte dann sein, ob sie in Antwerpen den sozialdemokratischen Bürgermeister ablösen wird können.

5. Ausblick

Die neue Regierung wird nun vor zwei Mammutaufgaben stehen. Zum einen das Land durch die Wirtschafts- und Finanzkrise führen und mit einem glaubwürdigen Reformprozess das Vertrauen der Märkte und Investoren in das Land stärken. Die zweite Herausforderung ist eine zügige Umsetzung der Staatsreform: Der Wahlkreis BHV soll noch 2012 geteilt werden. Die Übertragung der Kompetenzen an Regionen und Gemeinschaften soll möglichst zum 1. Januar 2013, spätestens aber 2014 erfolgen.

Ein großes Fragezeichen steht hinter der Stabilität der Sechs-Parteien-Regierung. Sie umfasst die drei großen politischen Familien des Landes und mithin Parteien, die insbesondere in wirtschaftspolitischen Fragen völlig entgegen gesetzte Positionen vertreten. Zwar konnte eine Einigung für den Haushalt 2012 erzielt werden, doch der Spielraum für Sozialisten wie Liberale scheint nahezu ausgereizt. Die neue Regierung wird nun sowohl von innen wie von außen unter erheblichem Druck stehen. Eine Verschärfung der Wirtschafts- und Finanzkrise könnte weitere Maßnahmen erforder-

6. Dezember 2011

www.kas.de

www.eukas.eu

lich machen, die den fragilen Kompromiss erschüttern könnten. Innerhalb Belgiens werden die Gewerkschaften, aber mehr noch die N-VA der Regierung das Leben schwer machen. Schließlich ist die N-VA Teil der flämischen Regierung unter dem Christdemokraten Kris Peeters und wird sich publikumswirksam gegen jede vermeintliche oder wirkliche Belastung Flanderns durch den Sparkurs der föderalen Regierung stemmen. Offen ist auch noch, wie sich die überwiegend jungen Parteivorsitzenden schlagen werden. Hatten sie in den vergangenen Monaten auf der einen Seite politischen Mut bewiesen (Wouter Beke, Charles Michel), so waren andere nicht zum ersten Mal durch ihre Unberechenbarkeit aufgefallen. Abzuwarten ist auch, wie der MR die Abspaltung der FDF verkraften wird und ob er sich internen Diskussionen zum Trotz als zuverlässiger Regierungspartner erweist. Letztlich wird auch Elio di Rupo beweisen müssen, dass er nicht nur der „König der Wallonie“, sondern auch ein Premier des gesamten Landes sein kann. Insbesondere in Flandern ist das Misstrauen ihm gegenüber noch immens. Unter anderem werden seine schwachen Niederländischkenntnisse bemängelt. Dramatische Zuspitzungen, um unbotmäßige Partner auf Linie zu bringen wird er sich - anders als noch im Rahmen der Verhandlungen - als Regierungschef nun nicht mehr leisten können. Die Atmosphäre zwischen den leitenden Figuren der sechs Parteien ist ambivalent: Das Nervenkostüm aller Beteiligten hat in den vergangenen Monaten erheblichen Schaden genommen, das gegenseitige Vertrauen ist nach dem Beinahe-Scheitern der Verhandlungen beschädigt. Gleichzeitig haben ausnahmslos alle Parteiführer die erzielten Kompromisse nach außen überzeugend verteidigt. Zudem sind sie sich bewusst, dass eine Regierungskrise katastrophale Folgen haben könnte - sowohl für ihre Parteien als auch für Belgien.

Unmittelbar nach der Ankündigung der Regierungsvereinbarung sanken die Zinsen für belgische Staatsanleihen wieder auf knapp 4,7%. Eine Verbesserung der Kreditwürdigkeit Belgiens ist zunächst aber nicht zu erwarten. Eine Aufwertung kann nur erfolgen, wenn der Regierungsvereinbarung in den

kommenden Jahren ein glaubwürdiges Reformprogramm zur Sanierung der Staatsfinanzen und zur Reduzierung der Staatsverschuldung folgt.

Die insgesamt sechste Staatsreform in der Geschichte des Landes wird wiederum die föderale Struktur Belgiens und insbesondere die Regionen erheblich stärken. Diese Reform muss jedoch nicht der Endpunkt der Entwicklung gewesen sein. Ein „Verdampfen“ des Landes, wie einst von de Wever in Aussicht gestellt, wird es auf absehbare Zeit zwar nicht geben. Eine künftige Entwicklung hin zu einer stärker konföderalen Struktur ist aber langfristig nicht auszuschließen.

6. Dezember 2011

www.kas.de

www.eukas.eu

Minister

Name	Amt	Partei
Elio di Rupo	Ministerpräsident	PS
Steven Vanackere*	Finanzen	CD&V
Didier Reynders*	Außen	MR
Laurette Onkelinx*	Gesundheit & Soziales	PS
Joelle Milquet*	Inneres	CDH
Johan Vande Lanotte*	Wirtschaft	sp.a
Vincent van Quickenborne*	Renten	Open Vld
Pieter de Crem	Verteidigung	CD&V
Olivier Chastel	Haushalt	MR
Sabine Laruelle	Landwirtschaft & KMUs	MR
Annemie Turtelboom	Justiz	Open Vld
Paul Magnette	Öffentliche Unternehmen, Entwicklungszusammenarbeit	PS
Monica de Coninck	Beschäftigung	sp.a

*Vize-Premierminister

Staatssekretäre

Hendrik Bogaert	Öffentlicher Dienst	CD&V
Servais Verherstraeten	Bauwesen + Institutionelle Reformen	CD&V
John Crombez	Korruptionsbekämpfung	sp.a
Philippe Courard	Familie	PS
Melchior Wathelet	Umwelt, Energie und Verkehr + institutionelle Reformen	CDH
Maggie de Block	Asyl + Zuwanderung	Open Vld

6. Dezember 2011

www.kas.de
www.eukas.eu

ANHANG II: Kurzportraits der CD&V- und CDH-Minister

Joelle Milquet (CDH, Vizepremierministerin und Innenministerin)

Die 1961 in Charleroi geborene Juristin war 12 Jahre lang (1999-2011) Parteichefin des CDH und Leitfigur bei der Neuausrichtung der vormalig christdemokratischen Partei. Milquet wird ein gutes Verhältnis zu di Rupo nachgesagt. Von 2008 bis 2011 war sie Ministerin für Arbeit, Altersvorsorge, Migration und Asylpolitik.



Steven Vanackere (CD&V, Vizepremier und Finanzminister)

Obgleich aus einer Politikerfamilie stammend, hat der 47-Jährige die Politik erst 2004 als Abgeordneter im flämischen Parlament betreten. Mit seiner ruhigen, diplomatischen und intelligenten Art hat er auf europäischer Ebene große Pluspunkte gesammelt und sich im Rahmen der belgischen Ratspräsidentschaft auszeichnen können. Vanackere bestimmt mit Wouter Beke, Yves Leterme und dem flämischen Ministerpräsidenten Kris Peeters maßgeblich den Parteikurs mit.



Melchior Wathelet (CDH, Staatssekretär für Umwelt, Energie und Verkehr + Institutionelle Reformen)

Der Rechtsanwalt stammt aus einer Politikerfamilie, sein gleichnamiger Vater war mehrfach Minister. Der 1977 geborene Wathelet gilt als eine Nachwuchshoffnung seiner Partei und ist Vertreter des konservativeren Flügels des CDH. Unter der Vorgängerregierung war Wathelet Staatssekretär für Haushalt und Familienpolitik.



Pieter de Crem (CD&V, Verteidigung)

In der Oppositionszeit der flämischen Christdemokraten war der 49-Jährige Fraktionsvorsitzender. Nach dem Wahlsieg der CD&V nahm er als Verteidigungsminister wichtige Reformen zur Modernisierung der Armee vor. De Crem ist Befürworter einer stärkeren europäischen Koordinierung im Bereich der Verteidigungspolitik und ein bekannter Transatlantiker.



Hendrik Bogaert (CD&V, Staatssekretär für den Öffentlichen Dienst)

Der 43-jährige Wirtschaftswissenschaftler ist Experte für Finanz- und Haushaltsfragen. In seinem Portfolio „Öffentlicher Dienst“ wird Bogaert die geplanten Kürzungen im öffentlichen Sektor durchsetzen müssen und dabei wohl häufiger mit den Gewerkschaften auf Konfrontationskurs geraten. Von 2003 bis zu seiner Ernennung war er Abgeordneter im föderalen Parlament.



Servais Verherstraeten (CD&V Staatssekretär Bauwesen + Institutionelle Reformen)

Der 51-jährige Anwalt ist seit 1995 Abgeordneter für die CD&V im föderalen Parlament. Von 2007 bis 2011 war er als Fraktionsvorsitzender der CD&V-Gruppe an der Ausarbeitung wichtiger Kompromisse zwischen den Fraktionen beteiligt. Der Verfassungsrechtsexperte wird unter anderem für die Umsetzung der institutionellen Reformen zuständig sein.



6. Dezember 2011

www.kas.dewww.eukas.eu**ANHANG III) Chronik der Regierungsbildung (13.06.2010 – 06.12.2011)**

13/06/2010	Tag 0	<u>Wahlen, Sieg von N-VA und PS</u>
17/06/2010	Tag 4	Bart De Wever (N-VA) wird Informateur
08/07/2010	Tag 25	Elio Di Rupo (PS) wird Preformateur
04/09/2010	Tag 83	Danny Pieters (N-VA) und André Flahaut (PS) werden Vermittler
08/10/2010	Tag 117	De Wever wird Vermittler
21/10/2010	Tag 130	Johan Vande Lanotte (sp.a.) königlicher Vermittler
03/01/2011	Tag 204	Vande Lanotte legt Kompromisspapier vor
05/01/2011	Tag 206	CD&V und N-VA lehnen Papier von Vande Lanotte ab
23/01/2011	Tag 224	35.000 demonstrieren in Brüssel für eine Regierungsbildung
26/01/2011	Tag 227	Vande Lanotte tritt zurück
02/02/2011	Tag 234	Didier Reynders (MR) wird Informateur
02/03/2011	Tag 262	Wouter Beke (Vorsitzender CD&V) wird zum Vermittler ernannt
16/05/2011	Tag 337	di Rupo wird zum Formateur ernannt
07/07/2011	Tag 389	N-VA lehnt Kompromissvorschlag di Rupo's ab, CD&V will ohne N-VA nicht verhandeln
08/07/2011	Tag 390	di Rupo bietet Rücktritt an, König verschiebt seine Entscheidung
22/07/2011	Tag 404	Acht Parteivorsitzende einigen sich auf Wiederaufnahme der im September 2010 unterbrochenen Verhandlungen (Tag 429)
13/09/2011	Tag 457	di Rupo bietet dem König wg Blockade bei BHV seinen Rücktritt an
15/09/2011	Tag 459	Einigung über die Teilung von BHV
21/09/2011	Tag 465	Einigung zur Übertragung von Kompetenzen an Regionen und Gemeinschaften
24/09/2011	Tag 468	Einigung über Finanzierungsgesetz
21/11/2011	Tag 526	Stagnation bei den Haushaltsgesprächen, di Rupo bietet erneut Rücktritt an, König Albert II lehnt ab
25/11/2011	Tag 530	Standard&Poor's senkt Belgiens Kreditwürdigkeit von AA+ auf AA
26/11/2011	Tag 531	Einigung zum Haushalt 2012
01/12/2011	Tag 537	Veröffentlichung des Koalitionsvertrags
03/12- 04/12/2011	Tag 538 539	Koalitionsvertrag wird auf eigens einberufenen Parteikongressen bestätigt
06/12/2011	Tag 541	Regierung di Rupo wird vereidigt